

Antwort auf Anfragen	Geschäftsbereich	Stadtentwicklung, Bauen, Verkehr, Umwelt; Soziales, Jugend und Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 105 - Bauen und Wohnen Ressort 201 - Soziales
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Renate Galvagni 563 6079 563 8046 renate.galvagni@stadt.wuppertal.de Uwe Temme 563 2831 536 8038 uwe.temme@stadt.wuppertal.de
	Datum:	01.09.2010
	Drucks.-Nr.:	VO/0698/10/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
28.10.2010	Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit	Entgegennahme o. B.
Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.08.2010 "Mehrkosten durch Abschaffung des Heizkostenzuschusses beim Wohngeld"		

Grund der Vorlage

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 23.08.2010 / VO/0698/10

Beschlussvorschlag

Die Antworten der Verwaltung werden ohne Beschluss entgegen genommen.

Einverständnisse

nicht erforderlich

Unterschrift

Meyer

Dr. Kühn

Begründung

1. Wie viele Haushalte in Wuppertal wären von dieser Neuregelung betroffen?
2. Welche finanziellen Auswirkungen hat die Abschaffung des Heizkostenzuschusses auf unsere Kommune?
Von welcher Mehrbelastung geht die Verwaltung aus?

Zu den vorgenannten Fragen können leider keine Angaben gemacht werden. Nach Auskunft des Programmanbieters wäre der technische bzw. finanzielle und der Verwaltungsaufwand für die Ermittlung der Zahlen zu hoch und kann von der Wohngeldstelle nicht geleistet werden.

Nach Rücksprache mit der ARGE ist auch dort eine solche Ermittlung leider nicht möglich.

3. Wie beurteilt die Stadt Wuppertal die Entwicklung der Anzahl bedürftiger Haushalte in den nächsten Jahren?

Die Entwicklung der Anzahl bedürftiger Haushalte ist abhängig von den ökonomischen Rahmenbedingungen der nächsten Jahre. Kurz- bis mittelfristig weist die aktuelle Entwicklung auf eine Verbesserung der Situation und damit auf eine moderate Abnahme der Anzahl bedürftiger Haushalte hin. Die Finanz- und damit auch die Wirtschaftskrise der letzten zwei Jahre scheint – glaubt man den Volkswirtschaftlern – bewältigt. Die gegenwärtigen konjunkturellen Zahlen entsprechen bereits wieder denen der Zeit vor der Krise.

Die erwartete weitere wirtschaftliche Erholung und damit die Steigerung des Wirtschaftswachstums führen über kurz oder lang zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes und damit zu einem Rückgang der Zahl der Arbeits- und Langzeitarbeitslosen.

Langfristig steht zu erwarten, dass darüber hinaus der Fach- und Arbeitskräftemangel zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen wird und demnach die Zahl der Bedürftigenhaushalte zurückgehen wird. Die Größenordnung dieses Rückgangs ist allerdings nicht zuletzt auch von der Produktivitätsentwicklung abhängig. Ob und in wie weit Produktivitätssteigerungen Arbeitsplätze verdrängen können, kann nicht vorausgesagt werden.

Schließlich muss man langfristig davon ausgehen, dass sich die Hilfebedürftigkeit bei älteren Menschen erhöhen wird. Dies ist dadurch zu erklären, dass die vielen heutigen Langzeitarbeitslosen und diejenigen die bisher schon viele Jahre ALG II erhalten haben, ihre Rente in Anspruch nehmen. Diese Renten werden angesichts der sehr löchrigen Erwerbsbiografie eher gering sein; dadurch entsteht Bedarf auf ergänzende Hilfen.